

Datum: 04. August 2011

Im Fokus: Postplatz, Kinderbetreuung und Housing

Dagmar Schommer

Was sie entscheiden, bewegt Bitburg: Die Stadtratsmitglieder machen in einer TV-Umfrage deutlich, was sie nach der Sommerpause angehen wollen. Dabei setzen die sechs Fraktionen verschiedene Schwerpunkte - von Kita-Plätzen bis zur Konversion der Housing. Priorität hat für alle die Umgestaltung des Postplatzes.



Drei Themen, die die Bitburger Stadtratsmitglieder beschäftigen: die Umgestaltung des Postplatzes (links), der weitere Ausbau von Kita-Plätzen und die Frage, wie das riesige Housing-Areal (rechts) genutzt werden soll, wenn die Amerikaner es 2015 endgültig freigeben. TV-Fotos (3):
TV-Archiv

Bitburg. Dass Bitburg eine Stadthalle hat, es im Stadion Ost einen Kunstrasenplatz gibt, die Saarstraße über die Bahngleise an den Südring angebunden ist und das ursprünglich am Rautenberg geplante riesige Fachmarktzentrum dann doch nicht gebaut wurde: All das sind Beispiele dafür, wie Entscheidungen des Stadtrats die Entwicklung Bitburgs prägen. Einig sind sich die Kommunalpolitiker in dem diskussionsfreudigen Gremium selten. Aber fest steht nach der Sommerpause für alle, dass es am **Postplatz** zügig vorangehen soll und endgültig die Weichen für die Umgestaltung des Platzes noch dieses Jahr gestellt werden.

"Mit der Postplatz-Umgestaltung wollen wir ein attraktives Zentrum für Bitburg schaffen", sagt Agnes Hackenberger (FBL). Das steht auch bei ihren Ratskollegen ganz oben auf der Agenda. Darüber hinaus setzt jede Fraktion eigene Schwerpunkte für die zweite Halbzeit:

Die Grünen, für die ebenfalls der Postplatz ein Thema ist, kämpfen dabei aber gegen alle anderen Fraktionen nach wie vor für den Erhalt des alten Postgebäudes. Die Liste Streit sieht Handlungsbedarf vor allem bei der Entwicklung eines Konzepts für die 2015 anstehende **Konversion der Housing** und der Umsetzung der **Nord-Ost-Tangente**: "Hier müssen wir Druck machen und mithelfen, damit es weiter geht, um eine positive Entwicklung zu ermöglichen", sagt Willi Notte, der sich darin mit Marie-Luise Niewodniczanska (FDP) einig ist: "Wir finden es außerordentlich wichtig, dass sich endlich was bewegt. Die Innenstadt erstickt zunehmend im Verkehr."

Ein Schwerpunktthema der SPD ist der Ausbau der **Kita-Plätze**: "Unser Ziel ist eine familienfreundliche Politik für Bitburg. Eine bessere Investition als in die Zukunft unserer Kinder gibt es nicht", sagt Stephan Garçon. Wagner hält das **Housing-Areal** nach Freigabe durch die Amerikaner für einen geeigneten Ort, um "ausreichend Kita-Plätze zu bezahlbaren Kosten" zu schaffen. Das Thema treibt auch die Grünen um. Ihnen widerstreben die Container, mit denen die Kita Liebfrauen erweitert wurde, und sie schlagen stattdessen die **Villa Limbourg** als Kita-Standort vor, in der derzeit die Stadtwerke residieren. "Die Werke könnten bis zur Freigabe der Housing in angemieteten Räumen untergebracht werden", sagt Johannes Roß-Klein, der zudem gerne ein Wohngebiet mit sozialer Ausrichtung verwirklichen würde, in dem - ähnlich wie im **Schammatdorf** Trier - Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, Behinderte und Nichtbehinderte sich gegenseitig unterstützen. Die FBL wiederum baut auf ein "**Haus der Bildung**", in dem Platz für Vereine, Volkshochschule sowie generationenübergreifende Angebote geschaffen wird und "das zur Begegnung einlädt", sagt Hackenberger. Die Grünen pochen darauf, dass auf dem Dach des städtischen Bauhofs eine **Photovoltaik-Anlage** installiert wird. Eine grüne Idee will auch die SPD für das

Flugplatz-Gelände forcieren: "Wir wollen keine fliegerische Nutzung, sondern einen **Energie- und Technologiepark**, der umweltverträglich ist und viele qualifizierte Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich schaffen würde", sagt Garçon. Auf große Unterstützung aus der CDU brauchen sie dabei wohl nicht zu hoffen. Wagner stellt klar: "Eine revolutionäre Energiewende auf Kosten der Bürger wird es mit uns nicht geben."

Fest steht: Nach der Sommerpause sind spannende Diskussionen im Stadtrat zu erwarten. Im **Bitburger Stadtrat** sind sechs Fraktionen vertreten, die sich wie folgt auf die 28 Sitze verteilen: CDU (acht Mandate), Liste Streit (acht Mandate), Freie Bürgerliste (FBL) (fünf Mandate), Grüne (drei Mandate), SPD (zwei Mandate) und FDP (zwei Mandate). scho

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten